

Stadt setzt auf Sperrgrundstücke

Nein zur Steinbruch-Erweiterung: Gemeinderat erklärt zwei städtische Flächen für unverkäuflich

VON THOMAS EIER

MÜHLACKER. Ein konkretes Kaufangebot gibt es nicht, auch der rechtliche Status ist nicht vollständig geklärt. Dennoch wollen die Stadt Mühlacker und ihr Gemeinderat mit ihrem Beschluss vom Dienstagabend ein klares Zeichen setzen: Zwei städtische Grundstücke, die im potenziellen Erweiterungsgebiet des Steinbruchs in Enzberg liegen, werden – sollte irgendwann eine Anfrage kommen – ausdrücklich nicht an das Unternehmen Natursteinwerke Nord-schwarzwald (NSN) verkauft.

Die vielen Gegner einer Steinbrucherweiterung im Publikum – es mussten eigens zusätzliche Stühle herbeigeschafft werden – waren's zufrieden und reagierten mit Applaus auf das einstimmige Votum. Ob der „Vorratsbeschluss“ (Oberbürgermeister Frank Schneider) am Ende das Verfahren stoppen könnte, ist zwar unklar, dennoch geht es auch darum, Signale auszusenden: Die Stadt steht entschlossen hinter dem Enzberger Widerstand. „Wir wollen ein Pfand in städtischer Hand halten“, beschrieb OB Schneider die Zielsetzung des Beschlussvorschlags, der sich auf zwei schmale Geländestreifen von 2134 und 1434 Quadratmetern Größe bezog.

Inzwischen, deuteten die Mühlacker Regionalräte Günter Bächle (CDU) und Thomas Knapp (SPD) an, gebe es Anzeichen dafür, dass der Plan zur Rohstoffsicherung in der Region auch ohne die potenziellen Erweiterungsflächen in Enzberg genehmigt werden könnte. Damit könnten die Anlieger in Enzberg und in Sengach, die sich vehement gegen eine weitere Ausdeh-

nung wehren, aufatmen. Es gelte nun, fasste Günter Bächle zusammen, die weiteren Entscheidungen auf regionaler Ebene abzuwarten und wachsam zu bleiben. „Ruhe bewahren“, empfahl der Kollege aus der Regionalverbandsversammlung, Thomas Knapp, und verwies auf weitere Weichenstellungen im März. Es kündige sich „zumindest eine zeitliche Verzögerung an“.

Die Fraktionen waren sich einig darin, die „unendliche Geschichte“ (Rolf Leo,



Brisantes Thema: Der Steinbruch der NSN in Enzberg würde gerne erweitern. Foto: Kollros

Freie Wähler) der häppchenweisen Steinbruch-Erweiterungen seit Ende der 1970er Jahre mit aller Macht beenden zu wollen. Auch wenn sich die Betreiberfirma selbst an ihre Zusicherungen vom Jahrtausendwechsel, wonach ein Ende erreicht sei, nicht erinnere, so Leo, fühle sich die Stadt an die früheren Versprechen gebunden. „Es gilt, die Interessen der Anlieger zu wahren“, sagte der Enzberger LMU-Stadtrat Joachim Stretz, und Dr. Jens-Christian Hanf sicherte der Enzberger Bürgerinitiative die Unterstützung der FDP zu.

Was für Kritik an der Stadtverwaltung sorgte: Die Frage, ob es sich bei den fraglichen Grundstücken tatsächlich um Flächen aus einem früheren Tauschgeschäft mit dem Steinbruch-Unternehmen handelt, konnte vorerst nicht abschließend beantwortet werden. Die Prüfung durch ein Anwaltsbüro sei noch nicht abgeschlossen, bat OB Schneider um Geduld. Deshalb liege nur eine vorläufige Einschätzung vor.

Wichtig ist die Vorgeschichte deshalb, weil – sollte es sich wirklich um Grundstücke aus einem Tauschgeschäft handeln – die Ausweisung von Erweiterungsflächen nach Ansicht von Juristen rechtswidrig wäre. „Durch den nunmehrigen Antrag auf Erweiterung des Abbaugebiets würde die NSN GmbH & Co.KG faktisch eine Enteignung der Stadt Mühlacker herbeiführen und somit gegen die Verpflichtung aus dem Tauschvertrag verstoßen“, heißt es in einer ersten Stellungnahme. Will heißen: Stammen die beiden Geländestreifen aus einem Tauschgeschäft mit NSN, sind sie nach Einschätzung von Juristen dem Zugriff des Steinbruch-Betreibers entzogen.